

Leserinnenbrief zum Artikel von Uwe Koch „Aktivistin muss zahlen“ vom 22.11.2014

Alles nur kein Rassismus

Der Prozess um die rassistischen Polizeikontrollen auf dem Kesselbrink und die anschließende mediale Berichterstattung zeigen vor allem eins: Wie schwer es in Deutschland ist, über Rassismus zu sprechen und wie unmöglich es nach wie vor scheint, Rassismus in staatlichen Strukturen, wie Polizei und Justiz, zu thematisieren.

Die Kontrolle am 9. Juli war ganz offensichtlich eine rassistische Kontrolle, weil die Polizei weder in ihrer Strafanzeige noch während des Prozesses überzeugend erklären konnte, warum die betroffenen Personen ins Visier der Beamten gerieten. Zwar wurde von den Polizeibeamten wortkarg verneint, dass die unschuldig Kontrollierten ins Fahndungsraster gerieten, weil sie Schwarz sind - eine plausible Erklärung, warum sie den Beamten dann aufgefallen seien, hatten sie aber nicht parat. Der vom AK Asyl geäußerte Rassismusrwurf hat sich damit im Laufe der Gerichtsverhandlung bestätigt.

Die Angeklagte soll sich durch passiven Widerstand und verbalen Protest gegen eine ungerechtfertigte Kontrolle zur Wehr gesetzt haben. Eine vollkommen legitime Handlung! Anstatt sich für die unbegründete Durchsuchung und zugefügten Verletzungen zu entschuldigen, zerrte die Polizei sie mit haltlosen Anzeigen auch noch vor Gericht. Dort wiederum glaubte die unerfahren wirkende Richterin lieber zwei weißen deutschen Polizeibeamten als den Schwarzen Entlastungszeugen. Das ist empörend und peinlich für die staatlichen Rechtsstrukturen. Ich hoffe, das Urteil wird sich alsbald als das entpuppen, was es ist: Unrecht!